



BUNDESWEHR

Verjährung: Bundeswehr nimmt Handlungsdruck von möglichen PFC-Betroffenen in Manching und Neuburg

Pressemitteilung

Stand: 30. August 2019

Die Bundeswehr bietet Antragstellern auf Schadensersatz wegen PFC-Kontaminationen an den Standorten Manching und Neuburg an der Donau eine Vereinbarung über den Verzicht der Verjährung an.

Thomas Silberhorn (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), kündigt einen Verzicht auf die Einrede der Verjährung für Schadensersatzansprüche der möglicherweise von PFC betroffenen Anwohner in Manching und Neuburg an der Donau an: „Aufgrund der besonderen Lage, der Fragestellungen und Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den PFC-Kontaminationen in Manching und Neuburg an der Donau sowie der herausgehobenen Verantwortung des Staates für seine Bürger erscheint es angemessen, diesen zeitlich und räumlich begrenzten Verzicht auf die Einrede der Verjährung zu erklären“, erläutert Thomas Silberhorn.

Dieses Entgegenkommen an die Bürger ist das Ergebnis einer erneuten Prüfung durch das BMVg. Den betroffenen Bürgern, die einen Antrag auf Schadensersatz wegen PFC-Kontaminationen an den Standorten Manching und Neuburg a. d. D. gestellt haben, wird so die Möglichkeit gegeben, mit dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) zu ihren Anträgen auf Schadensersatz eine Vereinbarung über den Verzicht auf die Einrede der Verjährung, auch rückwirkend für bereits verjährte Forderungen, für fünf Jahre zu schließen.



**BUNDESAMT FÜR
INFRASTRUKTUR,
UMWELTSCHUTZ UND
DIENSTLEISTUNGEN DER
BUNDESWEHR**

Fontainengraben 200
53123 Bonn

WWW.BUNDESWEHR.DE

INFRASTRUKTUR

Die Aussetzung der Verjährung war einer der zentralen Forderungen aus dem Plenum bei der Informationsveranstaltung des BMVg im Mai auf dem Gelände der Wehrtechnischen Dienststelle 61/Manching. Vor eingeladenen Abgeordneten der Region, Landräten und Bürgermeistern der betroffenen Kommunen sowie Repräsentanten der beiden ansässigen Bürgerinitiativen erläuterte die Bundeswehr ihr Engagement bei der Altlastenbearbeitung und informierte über den aktuellen Stand der Maßnahmen sowie das weitere Vorgehen an den Standorten. Bei der Veranstaltung sagte der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Silberhorn zu, einen Verzicht auf die Einrede der Verjährung erneut prüfen zu lassen und versicherte: „Die Sorgen der Anwohner kontaminierter Flächen nehmen wir sehr ernst.“

Neben Maßnahmen der Altlastenbearbeitung, wie die schnellst mögliche Umsetzung der vorgezogenen hydraulischen pump&treat-Maßnahme (Abstromsicherung) im Bereich des Kontaminationsschwerpunkts „Alte Feuerwache“ auf dem Flugplatz Ingolstadt/Manching sowie die Fortführung des Grundwassermonitorings ist dieses juristische Angebot eine weiterer wichtiger Schritt im Engagement der Bundeswehr für betroffene Anrainer.

Allgemeine Informationen zu PFC finden Sie auf:
www.iud.bundeswehr.de unter [Informationen zu PFC](#)